

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD Brandenburg, Alleestraße 9, 14469 Potsdam

MediaTech Hub Potsdam Management GmbH

Hannah Nieswand

Andrea Wickleder

Marlene-Dietrich-Allee 12a

14482 Potsdam

per E-Mail: nieswand@mth-potsdam.de, wickleder@mth-potsdam.de

David Kolesnyk
Generalsekretär

Potsdam, 19.08.2024

Ihre Wahlprüfsteine an die SPD Brandenburg

Sehr geehrte Frau Nieswand und Wickleder,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine, die ich Ihnen hiermit gerne beantworte.

Gemeinsame Wahlprüfsteinfragen des Strategiekreises Medien & Technologie zur Landtagswahl in Brandenburg am 22. September 2024

Film- und Fernsehförderung

1. Die Bundesregierung plant ab 2025 zusätzlich zur klassischen Filmförderung eine steuerbasierte Förderung („tax incentive“) für große Film- und Fernsehproduktionen. Befürwortet Ihre Partei diese – insbesondere für den Medienstandort Potsdam-Babelsberg essenzielle - neue Form der Förderung?

Antwort:

Ja. Die vorliegenden Entwürfe zur Reform des Filmförderungsgesetzes bieten aus unserer Sicht eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen auf der Bundesebene, die wir landesseitig eng begleiten. Grundsätzlich begrüßen wir die Zielsetzungen und Kernpunkte der Reform wie eine verlässliche Förderung, bessere Beschäftigungsbedingungen, die Reduzierung bürokratischer Hürden und mehr Effizienz und Transparenz. Insgesamt sehen wir hierin eine Möglichkeit zur Stärkung deutscher Filme im internationalen Wettbewerb.

2. Ist damit möglicherweise eine Neuausrichtung der Länder-Filmförderung Berlin-

Brandenburg verbunden und damit auch des Medienboards Berlin-Brandenburg? Wenn ja, mit welchem Ziel?

Antwort:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beobachten wir die bundespolitischen Entwicklungen mit der beabsichtigten Reform der Filmförderung sowie etwaige Auswirkungen auf den Filmstandort Babelsberg und das Land Brandenburg insgesamt sehr genau. Die Bewertung einer etwaigen Neuausrichtung oder Justierung der Länder-Filmförderung Berlin-Brandenburg sowie des Medienboards ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht. Grundsätzlich setzen wir uns aber dafür ein, den Filmstandort Babelsberg auch in den kommenden Jahren zu stärken und zu unterstützen.

3. Soll die Film- und Medienförderung des Landes Brandenburg in der jetzigen Größenordnung bestehen bleiben oder wäre für Ihre Partei auch eine Erhöhung der Mittel denkbar?

Antwort:

Brandenburg ist Land des Films und der Medien. Das Filmstudio Babelsberg trägt erheblich zur internationalen Bekanntheit unseres Bundeslandes bei. Zudem mobilisiert die Medienwirtschaft erhebliche Investitionen. Die Film- und Medienförderung des Landes Brandenburg wurde daher in den zurückliegenden Jahren bereits erhöht, um den Medienstandort Berlin-Brandenburg insgesamt im Zuge des Ausbaus zum internationalen Film- und Serienproduktionsstandort zu stärken und um die Kinostandorte im Land Brandenburg durch entsprechende Maßnahmen zu erhalten. Vor diesem Hintergrund prüfen wir die angezeigten Bedarfe zur Film- und Medienförderung stets ernsthaft und gewissenhaft. Eine weitere Erhöhung der Mittel ist daher grundsätzlich denkbar.

Medien- und Zukunftstechnologien - made in Brandenburg

1. Am Medienstandort Potsdam-Babelsberg entstehen im Umfeld der nationalen und internationalen Film- und Fernsehproduktionen Zukunftstechnologien rund um KI, AR, und VR, z.B. durch Unternehmen wie Volucap, Dark Bay oder durch Institutionen wie das MediaTech Hub und das CX Studio der Filmuniversität und nicht zuletzt durch das Hasso-Plattner-Institut. Würde Ihre Partei Maßnahmen befürworten und unterstützen, mit einem besseren Standortmarketing die hohe Innovationsexpertise in Potsdam-Babelsberg zu sichern und international sichtbar und wettbewerbsfähiger zu machen, auch um mehr

internationale Projekte am Standort zu ermöglichen?

Antwort:

Ja. Brandenburg ist Land des Films und der Medien. Neben dem Filmstudio Babelsberg entwickeln sich zahlreiche neue innovative Unternehmen, die erheblich zur internationalen **Bekanntheit unseres Bundeslandes beitragen. Zudem mobilisiert die Medienwirtschaft** erhebliche Investitionen. Daher werden wir den Filmstandort Babelsberg auch in den kommenden Jahren unterstützen und sichern. Neue Innovationsorte sollen zudem gefördert werden, wobei wir eine flächendeckende Vernetzung in der Startup-Szene im Land anstreben. Maßnahmen zur Verbesserung des Standortmanagements unterstützen wir im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten stets.

2. Es gibt den Trend, Medienprojekte und Gründungen auch in ländlichen Regionen umzusetzen. Dafür steht z.B. der vom brandenburgischen Wirtschaftsministerium 2022 erstmals ausgetragene Modellwettbewerb „Digitale Orte in Brandenburg: Innovativ. Offen. Regional.“ Wie kann die Politik darüber hinaus solche Vorhaben in abgelegenen Regionen unterstützen?

Antwort:

Mit neuen Innovationsorten wie den Potsdam Science Park in Golm, den Lausitz Science Park in Cottbus und die Hochschule Wildau fördern wir verschiedenste Standorte im Land und wirken damit der Zentralisierung von Wissen entgegen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind darauf angewiesen, dass es niedrighschwellige Zugänge für den Wissenstransfer aus Universitäten und Hochschulen für sie gibt. Diese Verbindung wollen wir verbessern.

Die Innovations- und Startup-Szene

1. Durch das MediaTech Hub, das Medieninnovationszentrum (MIZ), die Filmuniversität, das HPI, etc. gibt es eine beachtliche Anzahl von Startups und Ausgründungen. Was kann und muss Ihrer Ansicht nach getan werden, um das Umfeld und die Bedingungen für Startups und kleine Unternehmen zu verbessern und sie in Brandenburg zu halten?

Antwort:

Startups benötigen spezielle Ökosysteme. Für diese Systeme sind eine hohe Dichte an potenziellen Investoren sowie entsprechende Netzwerke entscheidend. Unsere Hochschulen bergen ein hohes Potenzial an Wissenskapital, welches seinen Weg durch Ausgründungen in die Wirtschaft finden muss. Wir müssen somit den Ausbau von Gründungszentren in unserem Land stärker forcieren. Generell muss der gesamte Vorgang einer Gründung einfacher, entbürokratisierter und vor allem digitalisiert sein. Dabei sprechen wir uns unter anderem für den Ansatz des Once-Only-Prinzips aus. Es muss ausreichen, dass Unternehmen ihre Daten „nur ein einziges Mal“ bei Behörden angeben, um Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Durch entsprechende Fördermaßnahmen- und Kredite können wir den Gründungsprozess flankieren. Außerdem benötigen Startups häufig Daten, die die öffentliche Hand im Sinne von OpenData bereitstellen sollte.

2. Sei es bei der Unternehmensgründung oder Fachkräftegewinnung – lange und nicht digitalisierte Verwaltungsprozesse stellen eine erhebliche Hürde bei der Fachkräfte- und Konkurrenzsicherung im nationalen und internationalen Wettbewerb dar. Planen Sie Maßnahmen, um Verwaltungsprozesse zu digitalisieren und zu beschleunigen?

Antwort:

Ja. Wir werden die Landesverwaltung umfassend digitalisieren. Das betrifft sowohl Angebote für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen als auch interne Prozesse und die Datennutzung. Wir werden die Daseinsvorsorge und Wertschöpfung insbesondere im ländlichen Raum durch die Digitalisierung von Prozessen und Zugängen ausbauen. Einsatz Künstlicher Intelligenz wird zudem viele Lebensbereiche grundlegend verändern. Dabei gilt es die Chancen ebenso wie die Herausforderungen zu verstehen, anzunehmen und den Einsatz so zu gestalten, dass die verschiedenen Potentiale in Gänze genutzt und Risiken vermieden werden.

Games

1. Die Games-Branche in Deutschland - vorrangig in Berlin und Nordrhein-Westfalen - wächst stetig. In Brandenburg ist die Games-Wirtschaft jedoch kaum präsent. Welchen Stellenwert hat die Games- Branche für Ihre Partei?

Antwort:

Ein zentraler Teilbereich der Medienwirtschaft ist die Games-Branche. Wie andere Zweige der Medienwirtschaft wächst die Games-Branche kontinuierlich und in Brandenburg im Bundesvergleich zuletzt überdurchschnittlich. Da wir in Brandenburg eine breit aufgestellte Kultur- und Kreativwirtschaft erhalten wollen, ist es wichtig, diese Wachstumsbranche stärker in den Blick zu nehmen. Gerade im Zusammenspiel mit Berlin gibt es hier erhebliche Potentiale.

Verankerung der Medienwirtschaft in der Brandenburger Politik

1. Welche Bedeutung für das Land Brandenburg und welchen Stellenwert hat ihrer Meinung nach die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft?

Antwort:

Als Land des Films und der Medien besitzt die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft einen hohen Stellenwert. Neben einer weltweit größeren Bekanntheit hoffen wir auf Synergieeffekte bestehend aus verstärkten Neugründungen, gut bezahlten Arbeitsplätzen und möglichen Wissenstransfers aus der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft in andere Wirtschaftssektoren.

2. Sollte ein kontinuierlicher Kommunikationsaustausch zwischen Branche und Politik – insbesondere zu aktuellen Entwicklungen – etabliert werden und wenn ja, in welcher Form?

Antwort:

Ein kontinuierlicher Austausch zwischen Politik und Fachbranchen ist grundsätzlich sinnvoll und wird in unterschiedlicher Intensität bereits regelmäßig praktiziert. Das gilt für alle Politikbereiche gleichermaßen. Ein institutionalisiertes Dialogformat zwischen Politik und der

Medienwirtschaft über bestehende Formate hinaus kann insbesondere auch im Kontext der voranschreitenden Digitalisierung für beide Seiten durchaus sinnvoll sein. Insofern werden wir uns mit Vertreterinnen und Vertretern der Branche im Nachgang der Landtagswahl zusammensetzen, um gemeinsam geeignete Formate für einen regelmäßigen Austausch zu erörtern.

3. Im Abgeordnetenhaus in Berlin gibt es einen gesonderten Medienausschuss. Halten Sie die Etablierung eines eigenen Ausschusses (oder Unterausschusses) für Film-, Kreativ- und Digitalwirtschaft im Landtag Brandenburg für wünschenswert und würde Ihre Partei sich dafür einsetzen?

Antwort:

Im Landtag Brandenburg ist der Komplex „Medien“ fachlich beim Hauptausschuss verortet. Dem Gremium gehören regelmäßig die Fraktionsspitzen an, so dass der Stellenwert des Politikfeldes „Medien“ im parlamentarischen Gefüge des Landtags eine herausgehobene Stellung innehat. Vor diesem Hintergrund wäre gründlich zu überlegen, ob und inwieweit ein zusätzliches Gremium in Form eines eigenständigen Medienausschusses tatsächlich einen Mehrwert hätte. Insofern sehen wir die Einsetzung eines Medienausschusses tendenziell kritisch.

4. Über einige Jahre gab es in der Landesregierung angebunden an das Ministerium für Wirtschaft einen Medienbeauftragten. Halten sie die Etablierung eines Beauftragten für die Film-, Medien- und Kreativwirtschaft bei der Landesregierung für sinnvoll und erwägenswert?

Antwort:

Der Beauftragte für Medien war zuletzt im Rang eines Staatssekretärs bei der Staatskanzlei des Landes Brandenburg angesiedelt. Sowohl die herausgehobene Position wie auch die koordinierende Funktion des Staatssekretärs haben sich unserer Einschätzung nach bewährt.

5. Bitte nennen sie drei Gründe, warum die Beschäftigten in der Brandenburger Medien-,

Kreativ- und Digitalwirtschaft Ihre Partei wählen sollen.

Antwort:

Fachkräftesicherung - Wir werden die Gewinnung von Fachkräften ganzheitlich angehen. Dazu zählen Wohnraum, die soziale Infrastruktur, das Zusammenwirken von Alteingesessenen und Zugezogenen. Wir wollen mehr Absolventinnen und Absolventen unserer Hochschulen für Leben und Arbeit in Brandenburg gewinnen. All das werden wir mit einer gezielten Anwerbeoffensive flankieren. Brandenburg soll weiterhin als Ausbildungsstandort attraktiv bleiben. Wir wollen verstärkt auch länderübergreifend Jugendliche, insbesondere mit Blick auf Berlin, für Ausbildungsplätze gewinnen.

Geflüchtete werden wir noch konsequenter in den Arbeitsmarkt integrieren. Wer sein eigenes Geld verdienen kann, soll das auch tun. Dazu muss im Bereich der Zuwanderung die Arbeitsaufnahme ab dem ersten Tag möglich sein. Programme wie der „Spurwechsel“ werden gezielt gefördert. Zudem müssen ausländische Abschlüsse und fachliche Qualifikationen unbürokratisch anerkannt und unkompliziert Fort- und Ausbildungsangebote wahrgenommen werden. Nicht in jedem Tätigkeitsfeld, wie mitunter in der Digital- und Gamesbranche, ist es eine Voraussetzung, fließend Deutsch zu sprechen. Wir wollen Geflüchtete zügig in Arbeit bringen, damit diese ihre sprachlichen Fähigkeiten im Arbeitsalltag verbessern können.

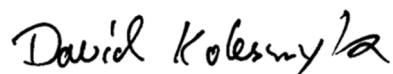
Die Anwerbung von internationalen Fachkräften wird nur gelingen, wenn die Menschen, die zu uns kommen, einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft finden. Deshalb sprechen wir uns ausdrücklich für eine offene Willkommengesellschaft aus. Rechtspopulistische Parteien sind mit ihrem Hass und ihrer Hetze ganz klar eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Brandenburg und sorgen für eine schlechte Reputation im Ausland.

Entbürokratisierung und Digitalisierung – Wie bereits beschrieben, setzen wir uns für einen fortlaufenden Abbau der Bürokratie ein. Hierzu wollen wir innerhalb der nächsten Legislatur einen Sonderausschuss einsetzen, welcher staatliche Aufgaben und Rechtsvorschriften kritisch prüft. Abläufe sollen entschlackt und Prozesse beschleunigt werden. Wir wollen maximale Bearbeitungszeiten für Genehmigungen festlegen. Zudem soll es schnelle Rückmeldungen geben, ob alle notwendigen Unterlagen vorliegen. All das wird mit der zügigen Umsetzung der Digitalisierung in der Verwaltung flankiert. Der Ausbau von Glasfaseranschlüssen war in Brandenburg zuletzt so schnell, wie in keinem anderen Bundesland. Das setzen wir entschieden fort, damit Brandenburg hier nach Berlin auch noch Hamburg und Schleswig-

Holstein überholt und deutschlandweit, wie bei der pro Kopf Erzeugung Erneuerbarer Energien, spitze ist.

Gute Löhne – Wir machen uns für gute Löhne stark. Mit dem Vergabemindestlohn haben wir in der vergangenen Legislatur bereits einen Schritt getan, um über die möglichen Instrumente des Landes gerechtere Löhne zu etablieren. Brandenburg nimmt hiermit eine Vorreiterrolle ein. Angepasst an die Einkommensentwicklung wollen wir in der nächsten Legislatur den Vergabemindestlohn von 13 auf 15 Euro anheben. Zudem besteht nach wie vor ein Abstand zwischen dem Entgelt der Männer und dem der Frauen. Obwohl diese Lohnlücke in Brandenburg wie ganz Ostdeutschland geringer ausfällt, dürfen wir nicht nachlassen, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Deshalb schaffen wir Rahmenbedingungen, die von der Kita bis zur Berufstätigkeit sicherstellen, dass beide Geschlechter dieselbe Chance auf Zugang zu allen Ausbildungs- und Berufsfeldern haben.

Mit freundlichen Grüßen



David Kolesnyk
Generalsekretär